

Energiewende – wo stehen wir

NINA SCHEER

Nach wie vor zählt Deutschland mit einem Strom-Anteil aus Erneuerbaren Energien von inzwischen rund 35 % am Bruttostromverbrauch weltweit zu den Energiewende-Vorreiterländern.

Der rasante Ausbau Erneuerbarer Energien während der letzten Jahre ist dabei aber auch zum ernsthaften Konkurrenten der konventionellen Energiewirtschaft geworden, zumal ein Ineinandergreifen im Mix der Erneuerbaren, die Speicherbarkeit, ein geschicktes Netzmanagement und der Einsatz von KWK zunehmend auch Versorgungssicherheit gewährleisten können.

Dies bedeutet zugleich: Die Geschäftsfelder der Kohleenergie-Wirtschaft sind heute so bedroht wie noch nie. Und eben dies wirkt sich auch in der täglichen Energiepolitik aus. Mit den Rufen nach „Planbarkeit“ und „Bezahlbarkeit“ wurden mit der EEG-Novelle 2016 die Ausbauzahlen Erneuerbarer Energien erstmals der Höhe nach limitiert. Damit das Limit nicht „gerissen“ wird, können zukünftig (jenseits einer Bagatellgrenze von 750 kW) nur noch ausgeschriebene bzw. über Gebote zu erlangende Mengen ausgebaut werden. Uns sollte klar sein: Ein solches Limit nutzt in erster Linie der herkömmlichen Energiewirtschaft, deren Geschäftsfelder hierdurch gesetzlich gesichert und damit berechenbar für eine deutlich längere Zeit erhalten bleiben, als dies mit einem unlimitierten Ausbau Erneuerbarer Energien gemäß des bisherigen gesetzlichen Förderrahmens der Fall gewesen wäre.

Eine erfolgreiche Energiewende erfordert heute somit mehr denn je, die „Sprache“ widerstreitender Interessen wahrzunehmen. Denn: Mitnichten steckt hinter jedem „Ja“ zur Energiewende eine progressive Haltung. Widerstreitende Interessen sind aber nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Keiner (außer der AfD) würde in Deutschland heute offen die Energiewende in Frage stellen!

Anhand von vier Beispielen möchte ich einige Annahmen benennen, die auf eine Verlangsamung der Energiewende zielen.

Annahme 1: „Erst müssen die Netze ausgebaut werden, dann die Erneuerbaren Energien“.

Der Netzausbau (bei solchen Aussagen sind die Übertragungsnetze gemeint, da es auf der Verteilnetzebene eher um Ertüchtigung und Innovation geht), geht sehr schleppend voran – er kann viele Jahre dauern, Jahre der Ungewissheit. Wer soll unter solchen Umständen wo noch mit einer Beteiligung am Ausbau Erneuerbarer Energien (EE) aktiv werden?

Auch sachlich gesehen ist die Annahme falsch:

Nicht jede kWh muss „übertragen“ werden. Über Power to Heat (Stromumwandlung in Wärme), Power to Gas (Stromumwandlung in Wasserstoff oder unter Hinzunahme von CO₂ in Methan für Mobilität) kann Strom auch für Sektoren verwendet werden, in denen wir noch ganz am Anfang der

Energiewende stehen: im Verkehrs- und Wärme-sektor und für eine Kopplung dieser Sektoren mit der Stromgewinnung. Da sich Netzausbaubedarf von Übertragungsnetzen heute an Netzauslastung orientiert, veranlasst der eingeschränkte Ausbau, bereits abgeschlossene Netzausbauplanung zu hinterfragen. Dies zeigt die aktuelle Diskussion um die sogenannten Netzausbaugebiete, die Regionen des Netzenspasses kennzeichnen sollen. Hier soll der Ausbau Erneuerbarer Energien reduziert werden auf jährlich maximal 902 MW bzw. 58 Prozent des durchschnittlichen Ausbaus der Jahre 2013 bis 2015. Wenn nun aber der Netzausbau ausbleibt, wird dies in der genannten Logik wiederum eine weitere Ausbaureduktion nach sich ziehen.

Ein ins Stocken geratener Ausbau Erneuerbarer Energien bremst Innovation im Umgang mit Überschussstrom zur Verwendung im Wärme- und Verkehrssektor (Sektorkopplung) und erzwingt eine fortbestehende Abhängigkeit von „immer verfügbarem“ Kohlestrom. Schwer regelbarer Kohlestrom beansprucht wiederum Netzkapazität – verstopft die Netze; es folgt der Ruf nach mehr Netzen: Ein Teufelskreis.

Fazit: Mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien sollte nicht auf Übertragungsnetze gewartet werden. Ausbaulimits für Erneuerbare Energie sind der falsche Weg.

Annahme 2: „Energie muss bezahlbar bleiben – Erneuerbare Energien sind noch zu teuer“.

Atom- und Kohleverstromung sind mit immensen Kosten verbunden, die nicht auf der Stromrechnung stehen, aber dennoch von der Allgemeinheit zu tragen sind und in vielerlei Vergünstigungen bzw. verdeckten Subventionen stecken. Bei der Atomenergie sind es insbesondere unbeherrschbare Risiken sowie die ungelöste Endlagerfrage, für die die Konzerne zwar etwas leisten, aber über die kommenden Jahrtausende gerechnet ganz offen-

sichtlich nur einen kleinen Bruchteil der tatsächlichen Lasten getragen haben werden. (Derzeit befasst sich der Bundestag mit der Sicherung von Liquidität für den Weg von Rückbau bis Endlager.) Bei der Kohleenergie ist es die Verschmutzung von Luft und Böden (saurer Regen), ganz zu schweigen von dem Raubbau an Natur, Gesundheit und kulturell gewachsenen Lebensräumen sowie tausenden heute schon umgesiedelten Menschen durch Braunkohletagebau.

Und: Fossile Ressourcen sind endlich. Energie ist der Schlüssel für Zivilisation und gesellschaftlicher Teilhabe. Wie wird die Welt von Morgen aussehen, wenn Ressourcen wenigen Reichen vorbehalten bleiben?

Dies führt uns unweigerlich zur Ablösung von Kohleenergie – sowohl aus Gründen des Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes als auch zur Beendigung der Abhängigkeit von endlichen Ressourcen. Bisher haben wir in Deutschland mit der Energiewende weltweit Ausstrahlungswirkung erzielt. Das war – neben dem Innovationsgehalt für unsere Wirtschaft – die beste Entwicklungshilfe, die wir je leisten konnten und hat uns weltweit betrachtet Vorreiterrollen in Zukunftstechnologien vermittelt. So wurden allein in Deutschland über 440.000 Arbeitsplätze geschaffen. Teilweise sind sie uns inzwischen wieder verloren gegangen – auch durch politische Kurzsichtigkeit.

Aus Gerechtigkeitsgründen und aus Solidarität mit unseren Kindern und Kindeskindern sowie nicht zuletzt aus friedenspolitischen Motiven müssen wir dafür sorgen, dass der Zugang zu Energie weltweit gelingt und somit die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen so schnell wie möglich beendet wird – global gedacht und lokal gehandelt.

CO₂ bzw. Verschmutzung muss einen realen Preis für Klima-, Gesundheits- und Umweltbelastungen bekommen, sei es durch Umlagen, Abgaben oder Steuern.

Fazit: Wir brauchen einen realen CO₂-Preis.

Annahme 3: „Die Verwendung von regenerativem Strom für Elektromobilität und Wärme ließe die EEG-Umlage durch die Decke gehen“.

Klar ist: Ein Mehrbedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien, der sich sowohl aus unseren Klimaschutzverpflichtungen als auch unter Einbeziehung des Verkehrs- und Wärmesektors erschließt, führte im bisherigen System unweigerlich zu einer höheren EEG-Umlage. Eben aus diesem Grund wird derzeit regulierend vermieden, eine Ausdehnung der Verwendung von regenerativem Strom für andere Bereiche zuzulassen (mit Ausnahme einer begrenzten Verwendung von Überschussstrom bis zwei GW auf Grundlage einer Verordnung, wie sie auf Drängen aus Schleswig-Holstein in das EEG 2016 aufgenommen wurde): Der einfache Stromkunde soll nicht über seine (dann entsprechend erhöhte) Umlage auch noch den Strom für das Elektroauto des Nachbarn zahlen müssen. Sicher wäre dies so gesehen keine Lösung! Statt aber nun die Verwendung regenerativen Stroms für die sogenannte Sektorkopplung zu unterbinden, sollte der Kreis der Umlageverpflichteten erweitert werden – um den Verkehrs- und den Wärmesektor.

Mit einer Ausdehnung des regenerativen Strombedarfs in sowohl den Wärme- als auch den Verkehrssektor brauchen wir zudem neue – unlimi-

tierte – Ausbauziele für Erneuerbare Energien. Denn der kalkulierte Ausbaupfad von 40 bis 45 Prozent Anteil Erneuerbarer Energien bis 2025 unterstellt eine Trennung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr und fokussiert einen reinen „originären“ Stromsektor.

Fazit: Die Wende in den Sektoren Mobilität und Wärme stehen noch am Anfang – und bieten große Chancen für alle, die sie erkennen.

Annahme 4: „Efficiency First“

Im Zuge des Beschlusses über den Klimaschutzplan bahnt sich eine weitere Aussage ihren Weg: „Efficiency First“. Rein rechnerisch ist es plausibel, soviel Effizienz und Einsparung wie möglich zu generieren – um hierbei den Weg der Energiewende zu verkürzen. Aber wird er mit Efficiency First verkürzt? Wenn dies als Hierarchie verstanden wird, womit Effizienz gegenüber dem Ausbau Erneuerbarer Energien der Vorrang zu geben wäre, sicher nicht. Dies belegt die schlichte Beobachtung des Ausbaus Erneuerbarer Energien einerseits und der Erfolge in den Bereichen Effizienz und Einsparung andererseits.

Fazit: Es muss um einen verstärkten Anreiz zum Ausbau Erneuerbarer Energien gehen. Auch Effizienzvorgaben sollten diesen Weg begünstigen.



*Dr. Nina Scheer, MdB und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Kontakt: nina.scheer@bundestag.de*